

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

Die BIKUKO behandelt diverse Budgetvorlagen und äussert sich zur „schwarzen Liste“ über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung

Solothurn, 29. September 2011 – Die kantonsrätliche Bildungs- und Kulturkommission (BIKUKO) stimmt zwei neuen Globalbudgets zu. Den Vorstoss zur verbesserten Handhabung der „schwarzen Liste“ über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung unterstützt sie im Grundsatz.

Die BIKUKO hat sämtliche Semesterberichte zur Kenntnis genommen und die Budgetvorlagen beraten. Im Bereich von Kultur und Sport wurde einem Verpflichtungskredit für die Jahre 2012-2014 von CHF 22'146'000 zugestimmt. Insbesondere im Bereich der Zentralbibliothek fallen höhere Kosten an, weil es da einen gewissen Nachholbedarf gibt. Die Zentralbibliothek ist als Kantonsbibliothek sowohl eine wissenschaftliche Bibliothek als auch eine Bildungsbibliothek und hat demnach eine wichtige Position. Das Globalbudget „Denkmalpflege und Archäologie“ hat für die Jahre 2012-2014 eine Saldovorgabe von CHF 9'179'000. Diesem Verpflichtungskredit hat die BIKUKO zugestimmt. Die Tätigkeit des Amtes ist jedoch kaum planbar, weder die Denkmalpflege noch die Archäologie werden von sich aus aktiv, sondern sie sind von äusseren Faktoren abhängig.

Im Weiteren gab der Auftrag von Stefan Müller (CVP, Herbetswil) zu einigen Diskussionen Anlass, mit welchem erreicht werden soll, dass bei sämtlichen Anstellungen von Lehrpersonen eine möglichst automatische Konsultation

der „schwarzen Liste“ über Lehrpersonen, denen die kantonale Unterrichtsbe-
rechtigung entzogen wurde, erfolgt. Die Regierung beantragt, den Vorstoss
nicht erheblich zu erklären, weil es unter dem Gesichtspunkt der Verhältnis-
mässigkeit nicht haltbar sei, im Sinne eines Generalverdachts in jedem Einzel-
fall eine Prüfung der Liste zu verlangen; eine Konsultation der „schwarzen
Liste“ vor Anstellungsbeginn sei in der Praxis deshalb lediglich in Verdachts-
fällen angezeigt. Der Antrag des Regierungsrats stiess bei der Kommission
nicht auf Zustimmung, könnte doch der falsche Eindruck entstehen, Regie-
rung und Parlament würden das Thema als nicht besonders wichtig erachten.
Die Kommission fordert eine bessere Handhabung der „schwarzen Liste“, um
Kinder und Jugendliche möglichst lückenlos vor Lehrpersonen zu schützen,
die pädophile Neigungen haben, süchtig oder gewalttätig sind und denen
daher die Unterrichtsberechtigung entzogen wurde. Sie beantragt deshalb,
dass der Regierungsrat beauftragt wird, im Rahmen der Erziehungsdirekto-
renkonferenz darauf hinzuwirken, dass es den Schulleitungen erleichtert
möglich ist, vom Kanton Auskünfte über die Einträge auf der „schwarzen Lis-
te“ über die Lehrpersonen ohne Unterrichtsbewilligung einzuholen. Die
Schulleitungen sollen ausserdem im Rahmen der Schulung zur Personalge-
winnung, -einführung, -betreuung und -beurteilung vermehrt für die Thema-
tik sensibilisiert werden.